S 5 AS 2448/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	7.
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 AS 2448/20
Datum	30.10.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 3588/20 B
Datum	15.02.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Der Scheinbeschluss des Sozialgerichts Ulm vom 30. Oktober 2020 wird aufgehoben.

Außergerichtliche Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â

Gründe

Gem. [Â§ 172 Abs. 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) findet gegen die Entscheidungen der Sozialgerichte mit Ausnahme der Urteile und gegen Entscheidungen der Vorsitzenden dieser Gerichte die Beschwerde an das Landessozialgericht statt, soweit nicht in diesem Gesetz anderes bestimmt ist.

Grundsätzlich ist danach gegen Entscheidungen über Prozesskostenhilfe, die im Wege des Beschlusses ergehen, die Beschwerde an das Landessozialgericht statthaft. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass eine solche Entscheidung ergangen ist. Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall.

Nach [Â§ 134 Abs. 1 SGG](#), der gem. [Â§ 142 Abs. 1 SGG](#) fÃ¼r BeschlÃ¼sse entsprechend gilt, ist das Urteil bzw. der Beschluss vom Vorsitzenden zu unterschreiben. Werden die Akten â wie im zugrundeliegenden Verfahren beim Sozialgericht Ulm (SG) â nicht in Papierform, sondern in elektronischer Form gefÃ¼hrt, ist fÃ¼r die Unterzeichnung die Regelung in [Â§ 65a Abs. 7 SGG](#) zu beachten. Soweit danach eine handschriftliche Unterzeichnung durch den Richter oder den Urkundsbeamten der GeschÃ¤ftsstelle vorgeschrieben ist, genÃ¼gt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn die verantwortenden Personen am Ende des Dokuments ihren Namen hinzufÃ¼gen und das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen. Diese Vorschrift gilt auch fÃ¼r BeschlÃ¼sse (StÃ¤bler in jurisPK-SGG, Stand 14. Oktober 2020, Â§ 65a Rdnr. 419).

Vorliegend ist der angefochtene Beschluss zwar mit einer qualifizierten elektronischen Signatur, jedoch nicht am Ende des Dokuments mit dem Namen des Richters versehen. Anders als bei Entscheidungen aufgrund mÃ¼ndlicher Verhandlung, die durch VerkÃ¤ndung existent werden, erlangen BeschlÃ¼sse ohne mÃ¼ndliche Verhandlung erst durch die Zustellung Wirksamkeit. Voraussetzung hierfÃ¼r ist jedoch, dass ein Beschluss erlassen worden ist. Fehlt die einfache elektronische Signatur in Form des Namenszugs des Richters in der Entscheidung, wird sie auch nicht durch Anbringung einer qualifizierten elektronischen Signatur wirksam. Bei einem solchen Fehler liegt vielmehr schon kein wirksamer Beschluss, sondern nur ein Beschlussskizzen vor (StÃ¤bler in jurisPK-ERV Bd. 3, 1. Aufl. 2020, [Â§ 134 SGG](#), Rdnr. 16). Entscheidungen im schriftlichen Verfahren werden erst mit der Unterschrift existent, bis dahin liegt lediglich ein Entwurf vor (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 17. Januar 1985 â [2 BvR 498/84](#) â juris Rdnr. 2).

Bei dem verlautbarten Beschluss handelt es sich somit um einen Scheinbeschluss, der mangels einfacher Signatur noch einen internen Vorgang ohne AuÃenwirkung darstellt (vgl. Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, Â§ 125 Rdnr. 5a).

Obwohl deshalb das Rechtsmittel der Beschwerde mangels anfechtbarer Entscheidung an sich nicht statthaft ist, kann ein solches zur Beseitigung des Anscheins einer Entscheidung zustehen. Eine klarstellende Entscheidung des Rechtsmittelgerichts hÃ¤ngt nicht vom Vorliegen der ZulÃ¤ssigkeitsvoraussetzungen eines Rechtsmittelverfahrens ab. Auch eine Scheinentscheidung ist rechtsmittelfÃ¤hig, wenn sie von der GeschÃ¤ftsstelle zugestellt ist, weil es im Interesse der Parteien geboten ist, eine auf diese Weise in Erscheinung getretene âEntscheidungâ zu beseitigen, und zur ZulÃ¤ssigkeit eines Rechtsmittels der ÃuÃere Anschein einer Entscheidung genÃ¼gt (BVerfG, a.a.O., juris Rdnr. 3). Das Rechtsmittel ist dann statthaft zur Beseitigung des Rechtscheins (BSG, Urteil vom 17. Dezember 2015 â [B 2 U 150/15 B](#) â juris Rdnr. 8).

Eine ZurÃ¼ckverweisung an das SG ist nicht erforderlich. Da bisher nur ein Scheinbeschluss vorliegt, eine Entscheidung Ã¼ber den Antrag auf GewÃ¤hrung

von Prozesskostenhilfe somit noch nicht ergangen ist, wird das SG noch über diesen Antrag zu entscheiden haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i.V.m. [§ 127 Abs. 4](#) Zivilprozessordnung.

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar ([§ 177 SGG](#)).

Ä

Erstellt am: 11.04.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024